

Nr. 82. Montag den 10. April 1865.

[Faint bleed-through from the reverse side of the page]

Die „N. Nr. 3.“ läßt sich aus Frankfurt (Main) ben: In der Bundestags-Sitzung vom 6. d. äußerte selbst einige Regierungen der Majorität sich dahin, daß sie den Bundestag nicht für absolut und allein competent hielten, die Frage der Erbfolge definitiv zu entscheiden. Die übrigen Regierungen der Majorität motivirten ebenfalls ihre Abstimmungen, jedoch Bezug auf Holstein ganz im Sinne der unbedingten Competenz des Bundes. Auch die Minorität gab Motivirungen ab, diese aber nicht sowohl gegen den Augustenburger, als vielmehr gegen die rasche, überstürzende Art und Weise, wie der gegenwärtige Antrag behandelt, ein Verfahren, das eine Competenz voraussetze, die der Bund nicht in dem Maße besitze. Preußen und Oesterreich gaben natürlich ebenfalls umfassende Erklärungen ab, die zwar entgegengesetzt waren in Bezug auf den „bestberechtigten“ Augustenburger, aber doch darin sich nähern, daß auch Oesterreich Gewicht darauf legt, daß die bisherige Behandlung der Frage in Bezug auf Vereinbarung zwischen Oesterreich und Preußen als die geeignete immer noch anzusehen sei. Der preussische Gesandte hat zwei Erklärungen abgegeben: die erste im gewöhnlichen Laufe der Abstimmung, in welcher er die Ueberweisung des bayerischen Antrages an den Ausschuss beantragte, als den bayerischen Antrag ablehnte. Diese Abstimmung wurde durch eine ausführliche Motivirung begründet. In der zweiten Erklärung, nach der Abstimmung, hat der Gesandte die Unerläßlichkeit der Prüfung der Rechtsfragen und gleichzeitig die Prüfung der preussischen Ansprüche, ebenso wie diejenigen der Oldenburg und der Augustenburger noch besonders hervor-

Man hat der Beschränkung, mit welcher Frankreich die Anerkennung der schleswig-holsteinischen Interessenflagge ausgesprochen — es soll bekanntlich erst noch ein Gegenstand der Erwägung sein, in wie fern dieser Flagge die der dänischen Flagge zugestanden Begünstigungen fortzubewilligen wären oder nicht — einen politischen Charakter vindiciren wollen; aus dem Nachstehenden dürfte sich ergeben, daß dieselben lediglich aus volkswirtschaftlichen oder finanziellen Erwägungen hervorgegangen ist. Durch einen Vertrag mit Dänemark (wenn ich nicht irre, aus dem Jahre 1842) sind der dänischen Flagge in Frankreich ganz exceptionelle Begünstigungen eingeräumt worden, die sie nur mit der spanischen Flagge theilt. Frankreich hat seitdem schon zu wiederholten Malen den Versuch gemacht, diesen Vertrag abzuwürgen und Dänemark hat sich auch dazu die Hand zu bieten bereit erklärt, aber lediglich unter der Bedingung einer wesentlichen Ermäßigung der Stockfisch-Einfuhrzölle. Diese Bedingung hat Frankreich seinerseits nicht zugestehen wollen und so ist der Vertrag seither in Kraft geblieben. Es ist nun sicher nichts natürlicher, als daß die französische Regierung die ihr jetzt darbotene Gelegenheit nicht unbenützt gelassen hat, und wenigstens für denjenigen bedeutenden Theil der dänischen

Ein Wiener Telegramm der „Bohemia“ meldet: Nach dem Vertrag mit dem Zollverein sind kein Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote zulässig, außer für Salz, Tabak, Schießpulver, Spielarten, Kalender und sonst aus polizeilichen oder gesundheitlichen Gründen und außerordentlicher Weise für Kriegsbedürfnisse. In Petersburg beschäftigt man sich gegenwärtig eifrig mit der Gründung einer Landesbank für den Bodencredit, welche in den Umlreis ihrer Thätigkeit nicht bloß irgend eine Provinz, sondern da

sendes Widerstreben gegen den Bestand dieser Anstalt.

tution wahr. Es scheint dort allmählich die Erkenntnis durchzubringen, daß dieselbe vermöge ihrer straffen Grundzüge und Regulativen ein Hemmungsgrund der Entwicklung der französischen Handelsmarine ist, daß sie daher zu ihrem Fortbestande mindestens durchgreifenden Reformen zu unterziehen wäre, welche denn auch in der That bereits angebahnt und zum Theile durchgeführt wurden.

Von Seite der k. k. Staatsdruckerei in Wien wurde, wie man vernimmt, die Auflage einer neuen Gesetzsammlung veranlaßt, welche alle bisher functionirten wichtigeren neuen Reichs- und Landesgesetze, insbesondere „sämmliche Gemeindeordnungen und Gemeindefachordnungen, alle Straßenbau-Concurrenzgesetze und die einzelnen Landesbauordnungen u. s. umfaßt. Von dieser Gesetzsammlung sind bereits drei Bände erschienen. Jeder einzelne Band, an 400 — 500 Druckseiten stark, ist bei der vorliegenden Staatsdruckerei um den mäßigen Preis von 1 fl. öst. Währ. zu beziehen. Es dürfte hiedurch einem vielseitig lebhaft gefühlten Bedürfnisse abgeholfen sein und finden wir uns veranlaßt, auf diese Gesetzsammlung im allgemeinen Interesse besonders aufmerksam zu machen.

In Ung.-Brod wurde der Bürgermeister Herr Mathias Pechaczek an die Stelle des verstorbenen Herrn Wenzel Koller zum Landtagsabgeordneten für den Wahlbezirk der Landgemeinden der Bezirke Ungarisch-Brod, Klobauk und Wislowitz gewählt.

Aus Prag 7. April, wird gemeldet: Die Moldau ist ausgetreten, die tiefer liegenden nassen Straßen stehen unter Wasser. Der Wasserstand beträgt 108 Zoll über Normale. Aus der oberen Moldau- und Elbegegend melden Telegramme Hochwasser.

In Schlan (Böhmen) starb vor etwa vierzehn Tagen ein Antsdiner, der sein aus 3000 fl. bestehendes Vermögen Sr. Majestät dem Kaiser vermacht; der Testator hatte in seiner Jugend bei der kaiserlichen Garde gedient.

Dr. v. Kaiserfeld hat, wie „M. Sajto“ meldet, aus jener Gegend Ungarns, die den edelsten Wein erzeugt, dieser Tage eine Sendung Tokayer erhalten, als Anerkennung für seine Rede, die er in Sachen Ungarns am 31. März im Abgeordnetenhaus hielt. Diesmal werden die Ungarn den ehrenwerthen Abgeordneten hoffentlich reinen Wein eingeschenkt haben.

General Bosco, der bekannte getreue Anhänger des Königs Franz II. von Neapel, hat nach mehrmonatlichem Aufenthalte in Triest die Stadt verlassen und sich nach Spanien begeben, wo er einstweilen seinen Aufenthalt in Barcelona zu nehmen gedenkt. Wie die „Öst. B.“ vernimmt, ist dem General von der piemontesischen Regierung vor Kurzem der Antrag gemacht worden, als Generalleutnant in ihre Dienste zu treten, was glaublicher erscheint, wenn man bedenkt, daß die piemontesische Armee in Zeit von 3 Monaten 8 Generale durch den Tod verloren hat. General Bosco hat den Antrag abgelehnt.

Der Dampfer „Brasilian“ mit dem letzten Transport österreichisch-mexicanischer Freiwilliger warf am 6. d. früh in Gibraltar Anker. Alles am Bord wohlthun.

Deutschland.

Am Bundestag kam am 6. April außer dem sächsisch-bairischen Antrage noch folgendes vor: Württemberg (vertreten durch Baiern) erklärte seinen Beitritt zum Nachdrucksgesetz unter der Bedingung der späteren Beachtung der Bemerkungen des Leipziger Buchhändler-Vereins. Kurbessen zeigt den Wechsel seines Vertreters in der Bundes-Militärcommission an. Der sächsische Gesandte erstattet Bericht über die Einführung von gleichem Maß und Gewicht. Die Abstimmung soll in 14 Tagen vor sich geben.

Johannes Ronge, der seit Beginn dieses Jahres bedenklich unwohl war, ist seit 1. April in Frankfurt in Folge eines heftigen Schlaganfalls schwer erkrankt.

Fürst Alfred von Windischgrätz als Besitzer von Gloggnitz, einer kleinen alten Reichsgrafschaft im Oberamt Wangen, nahe am Bodensee, württembergischer erblicher Standesherr, ist am 4. d. zum ersten Male in die Kammer der Standesherrn eingetreten und feierlich beeidigt worden. Er erschien in österreichischer Generalsuniform, daher sämmtliche Mitglieder der Kammer zu diesem feierlichen Acte gleichfalls in Uniform erschienen.

Aus Berlin, 7. April, wird gemeldet: In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses zeigte der Präsident Grabow vor dem Eintritt in die Tagesordnung an, daß der langjährige Vertreter der Kreise Lemmer und Solingen, Handelskammerpräsident von Rönne, in der verwichenen Nacht gestorben ist. Das Haus und die Tribünen erbeben sich von den Eigen. Auf der Tagesordnung stand der erste Statbericht. Rönne'se befürwortet die Regierungsforderung eines Dispositionsfonds in Preßachen im Betrage von 31.000 Thlrn. Graf zu Eulenburg hebt hervor, daß die Streichung die alten Differenzen herbeiführen würde. Nach längerer Debatte wird der Posten mit großer Majorität gestrichen. — Das Haus genehmigt für das auswärtige Amt durchweg die Stat-Vorschläge der Commission, also: die Forderungen von Gehaltssteigerungen für Constantinopel und Kopenhagen, der Zuschuß zu den Gehältern der Legationssekretäre und des Peterburger Militärbevollmächtigten werden gestrichen. Morgen wird Bericht über das Rönne'sche Präsenreglement erstattet werden. Dann beginnen die Ferien, welche bis zum 19. d. dauern.

Das von der „N. fr. Pr.“ gebrachte Gerücht von Verhandlungen über die beabsichtigte Aufhebung des Erzbisthums Posen-Gnesen wird als unbegründet bezeichnet. Mit Bestimmtheit wird versichert, daß ein hierauf bezüglicher Antrag von der preussischen Regierung in Rom nicht gestellt worden.

Wie der „N. Z.“ aus Coblenz, 4. d., geschrieben wird, ist der Abmarsch preussischer Verstärkungstruppen nach Holstein sistirt.

Frankreich.

Paris, 7. April. Der Kaiser ließ in den „Mo-

niteur“ die Ordre einrücken, daß die Büste Cobden's im Museum zu Versailles aufgestellt werde. Nachdem das liberale Amendement bezüglich der Erweiterung des Festungsbereiches verworfen worden war, kam das von der Opposition gestellte Amendement wonach die Maires durch die Municipalräthe, und von den Generalräthen deren Präsidenten gewählt werden sollen, zur Verhandlung; Jules Simon trat dafür als Sprecher auf. Neuerdings circulirt das Gerücht, daß Fould durch Duitry ersetzt werden soll. Baroche soll dem noch Kammerpräsident und in seiner jetzigen Stellung durch Devincq ersetzt werden. In Toulon ist Befehl angelangt, die Flotte bis 20. d. M. seefertig zu halten, wodurch die Kaiserreise nach Algier bestätigt wird. Die Gerüchte über den Rücktritt Drouyn's erhalten sich fortwährend. Verrier, der von seiner Krankheit wieder hergestellt ist, wird über Mexico sprechen. Laut der „Opinion nationale“ wäre auch der Privatsekretär des Königs Franz mit wichtigen Papieren entflohen. — Morgen findet hier die Schlußsitzung der daselbst versammelten Telegraphen-Conferenz statt. Man soll allseitig mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein.

Die in der vorgestrigen Kammer Sitzung abgegebene Erklärung Rouher's, die Regierung müsse sich das Recht der freien Ernennung der Maires vorbehalten, machte Aufsehen; das Decentralisations-Projekt hat dadurch allen Werth in der öffentlichen Meinung eingebüßt. Rouher's weitere Erklärung, daß es bei der durch nationale Rücksichten bedingten Ausnahmestellung von Paris verbleiben müsse, wo der Gemeinderath durchweg vom Kaiser ernannt ist, verurtheilt, obwohl sie nicht unerwartet kam, ebenfalls. Bei Dentu erscheint ein anekdotisches Werk über die Frauen Julius Cäsar's, sein Privatleben und seine Gewohnheiten, von Gattineau. Graf Walewski befindet sich besser. — Kaiser Napoleon hat dem Cardinal Antonelli durch Sartiges ein Exemplar der Geschichte Cäsar's zustellen lassen. Eine zahlreich unterfertigte Petition um „gezügliche Ausweisung des staatsfeindlichen Jesuiten-Ordens“ ist dem Senate überreicht worden. Thouvenel kehrt nach einigen Tagen auf sein Landgut zurück; man glaubt, er werde für Drouyn in Bereitschaft gehalten. Ein englisches Panzergeschwader wird in Cherbourg erwartet. Nach der „Opinion“ soll der Industrie-Palast auf dem Marsfelde errichtet und viermal größer werden als der vorige; die Kosten werden auf 12 Millionen Francs berechnet.

Den fünf Akademien des französischen Instituts ist eine eigene Uebersetzung zu Theil geworden. Sie hatten sich nämlich in feierlicher Audienz versammelt, um Kenntniß von dem kaiserlichen Schreiben zu nehmen, das die Zustimmung der Geschichte Julius Cäsar's begleitete. Die ganze Versammlung erwartete natürlich mit Spannung die Eröffnung des Briefes; aber groß war die Enttäuschung, als man darin nur folgende Worte las: „Par ordre de l'Empereur. J'ai l'honneur de vous remettre un exemplaire de l'ouvrage de l'Histoire de Jules César. Veuillez etc. Pietri, secrétaire particulier de S. M. l'Empereur.“

Schweiz.

In Bern hat am 5. d. unter dem Vorsitz des Bundesraths Schaller-Benet eine Versammlung stattgefunden, welche die Fragen verhandelt hat, die in dem internationalen Congreß für sociale Wissenschaften im Namen der Schweiz zur Verabreichung vorgelegt werden sollen. Die Fragen sind:

Section der National-Oekonomie. 1) Welches ist der relative Werth der Hauptsysteme der Militärorganisation (Milizen, stehende Heere) vom Standpunkt der National-Oekonomie und der Nationalkraft? — 2) Welchen Einfluß üben die Gesellschaften mit beschränkter Haftbarkeit (Actiengesellschaften) auf die ökonomischen Verhältnisse unserer Epoche aus? Bis auf welchen Punkt soll die Competenz des Staates gegenüber diesen Gesellschaften? — 3) Welches ist der verhältnismäßige Werth des Grund und Bodens in den verschiedenen Ländern? In welchem Maßstab tragen die Eisenbahnen dazu bei, diesen Werth auszugleichen? — 4) Welches ist die Bedeutung einer Eisenbahn über die Schweizer-Alpen? Ist ein Uebergang zwischen dem Brenner und dem Mont-Cenis als nothwendig zu betrachten? — 5) Welches ist der Einfluß der Wasser- und Waldpolizei in den hochgelegenen Ländern Europa's auf die niedrig gelegenen? Wird es möglich sein, zwischen den verschiedenen Ländern, Abhängen ein und desselben Flusses eine Art Gemeinbarkeit herzustellen, um den Ueberschwemmungen vorzubeugen? Welches sind die zu ergreifenden Maßregeln? — 6) Welche Mittel kann die Association vorschlagen, um der Ausrottung der Sing- und Zugvögel vorzubeugen? — 7) Ist die Einheit der Münze und des Maßes und Gewichts wünschenswerth und möglich?

Section der Gesundheitspflege. 1) Welches ist der Werth der Turn- und Schwimmübungen in den öffentlichen Elementarschulen?

Section des öffentlichen Unterrichts. 1) Soll die Ausübung der schönen und gelehrten Wissenschaften frei sein und in welcher Weise? — 2) Welche Rolle soll dem confessionellen Element in den öffentlichen Schulen zugesprochen werden? — 3) Welches ist der relative Werth der verschiedenen Organisationsysteme des höheren Unterrichts (Universitäten in Deutschland, Frankreich, England u. s.)? — 4) Ist die Gründung von Schulen speciell für die Kinder in den Fabriken bestimmt wünschenswerth?

Section der Staatswissenschaften u. s. 1) Welches sind in den verschiedenen Ländern die Gesetze, betreffend die Fremden? Welches sind besonders die ihnen auferlegten exceptionellen Lasten, welches andererseits die Vortheile und Vergünstigungen, welche sie genießen? Wird die Aufstellung gleichmäßiger Grundsätze möglich sein? — 2) Ist eine gleichmäßige Gesetzgebung für alle civilisirten Länder, betreffend Schuldverschreibungen, Handelsrecht und Fälligkeit, wünschenswerth und möglich? — 3) Wo soll die Gemeindefürsorge gegenüber der Staatscompetenz aufhören? — 4) Welches sind die verschiedenen Grundgesetze in den

europäischen Gesetzgebungen, betreffend die Freiheit der Erbübertragung? — Welcher Grundsatz soll der Gesetzgebung, betreffend die unehelichen Kinder, zur Basis dienen (Materinität, Paternität oder eine gemischte Gesetzgebung)?

Wie bekannt, ist Bern für dieses Jahr als Ort der Zusammenkunft dieses Congresses anberaumt. Die Zusammenkunft findet Ende des Monats August statt.

Portugal.

Ueber die Beschiebung der beiden amerikanischen Schiffe im Hafen von Lissabon erfährt man jetzt nähere Details. Am 26. März lief das conföderirte Schiff „Stonewall“ in den Tajo ein. Die portugiesischen Behörden wiesen es an, innerhalb 24 Stunden wieder auszulassen. Am Abend liefen die unionistischen Schiffe „Niagara“ und „Sacramento“ in den Tajo und warfen östlich vom Thurm von Belem Anker. Die portugiesischen Behörden wollten um jeden Preis einen Conflict wie den im Hafen von Bahia verhindern und gaben Befehl, mit größter Wachsamkeit auf die Aufrechterhaltung der Neutralität zu achten. Am nächsten Tage gegen Mittag verließ der „Stonewall“ den Tajo. Nachmittags 4 Uhr machten die beiden unionistischen Schiffe Miene, ihm zu folgen. Der Commandant von Belem wollte dies verhindern. Als die Fregate „Niagara“ sich Angefichts des Thurmes befand, ließ er einen scharfen Kanonenschuß gegen sie abfeuern. Da sie demunzachtet nicht beilegte, so schickte er ihr noch sechs Kugeln zu, worauf die beiden unionistischen Schiffe sich vor den Abydos-Felsen legten und Anker warfen. Von den sieben Schüssen haben drei den „Niagara“ getroffen, ohne jedoch Jemanden zu verwunden.

Belgien.

Der mexicanische Feldzug, den die klericale Rechte in der Kammer gegen das liberale Ministerium, speciell gegen den Kriegsminister General Barrois, unternommen, ist zu Ende. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Rechte in der Sache vollkommen Recht hatte. Der Kriegsminister hatte der Bildung einer beizügigen Legion für Mexico (auch als Garde für die Kaiserin Charlotte, einer Belgischen Prinzessin) in einer Weise Vorstoß geleistet, die sich nicht mit den Buchstaben der Belgischen Verfassungs-Urkunde vertrug — es wäre aber von ihr klärung gewesen, diesen Mexicanischen Feldzug zu unterlassen, da sie wußte, daß einmal der König die Bildung dieser Legion ebenfalls gewünscht, und zweitens da sie sich sagen mußte, daß die liberale Partei um einer solchen Nebenbühne willen das Ministerium nicht im Stich lassen würde. So kam es denn, daß die Interpellation Delaet nur zum Scandal und zur Niederlage der Klerikalen führte. Umsonst hielt Gouverneur, einer der begabtesten Führer der Partei, eine wirklich treffliche Rede; sein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, der einen leisen Tadel des Ministeriums enthielt, wurde mit großer Majorität verworfen und der Uebergang zur Tagesordnung einfach angenommen. Damit war's in der Kammer zu Ende. Weiter aber hat der Deputirte Delaet, dem der Kriegsminister einige sehr harte Worte gesagt, den General Chazal zum Duell herausgefordert.

Großbritannien.

Man schreibt aus London vom 4. April: In Gegenwart des Prinzen Alfred, des Herzogs von Cambridge, des Erzbischofs von Canterbury und einer Anzahl von Angehörigen aller Classen, hat der Prinz von Wales heute die Ceremonie der Eröffnung des neuen hauptstädtischen Glockenrings, welches bei Greenwich Point seinen Ausgang hat, vollzogen. Die Anlagelosten dieser ungeheueren Canalisation belaufen sich auf vier Millionen Pfund Sterling, welche die Hauptstadt in Gestalt einer Anleihe beschafft hat.

Italien.

Die Turiner Deputirtenkammer hat seit einigen Tagen die Verathung des Gesetzes über die Eisenbahnen begonnen. Der Zweck dieses Gesetzes ist, der parlamentarischen Sanction nicht bloß den Verkauf der Eisenbahnen, sondern auch eine Reihe von Conventtionen zwischen der Regierung und den gegenwärtig bestehenden Gesellschaften zu unterwerfen. Ein solches Gesetz berührt zu viele locale Interessen, um nicht eine große Anzahl derselben zu verletzen und man muß sich auf eine lebhafteste Opposition gefaßt machen, sowohl von Seiten der Piemontesen, welche verstimmt darüber sind, daß ein mit dem Gelde des alten Königreichs geschaffenes Eigenthum zum Nutzen der neuen Provinzen verkauft werden soll, als von Seiten der Neapolitaner, weil eine schon begonnene Linie, welche das Königreich Neapel mit dem nördlichen Italien verbinden sollte, aufgegeben worden ist. Wie es heißt, hofft Herr Rattazzi aus dieser parlamentarischen Situation Nutzen zu ziehen und sich wieder in das Cabinet hineinzuinstalliren zu können.

Der Syndicus von Turin, Marchese Roeca, welcher seine Entlassung eingereicht hatte, hat dieselbe nunmehr auf dringendes Verlangen der Turiner zurückgenommen.

Ein aus Turin Blatt entnehmen wir folgende Stelle: Die aus Parma und Modena vorliegenden Berichte klingen sehr düster. Die beiden schönen Städte haben ihren ehemaligen Glanz völlig eingebüßt. In den verödeten Straßen Modenas wächst Gras. Parma, welches bereits die Militärerziehungsanstalt eingebüßt hat, soll nun auch eine Universität verlieren. Die Industrie hat dort aufgehört und die reichen Familien überbedeln nach der Hauptstadt. In den einst so berühmten und rührigen Druckereien stehen die Pressen still. Dazu die enormen Steuern! Man gedenkt nach Amerika zu gehen, um dort Lebensunterhalt zu finden.

Russland.

Wie verlautet, soll die Regierung damit umgehen, den Kriegszustand Polens, wie Einige sagen, in nächster Zukunft aufzuheben, nach Andern mehr zu erleichtern. Das Erstere schreibt die „N. P. Z.“, scheint

nach Lage der Dinge noch unwahrscheinlich. Wenn auch bei der Wachsamkeit der Behörden keine öffentlichen Anfeindungen zu erwarten, noch weniger aber Gefahren zu befürchten stehen, so sind doch die Gemüther noch nicht ruhig genug, um jeder außergewöhnlichen Garantie entbehren zu können. Daß aber Maßregeln des Kriegszustandes, die ohne wesentlichen Nutzen für die allgemeine Ruhe sind, wie das Externtragen nach eingetretener Dunkelheit, das erschwerte Ein- und Auspassiren der Rogatti (Thore), Beschränkung der Versammlung u. dgl., aufgehoben werden könnten, ist möglich, und man sagt, daß die Anwesenheit des nun wieder von St. Petersburg zurückgekehrten General-Polizeimeisters General v. Trepoff darauf Bezug gehabt habe. Auch erhält sich das mit diesen Erleichterungen ebenfalls in Zusammenhang gebrachte Gerücht, daß General v. Trepoff das General-Directorium der Regierungen-Commission des Innern, des Geistlichen und der Polizei übernehmen solle.

Die Wytwalosk veröffentlicht folgende, neuerdings erlassene Decrete der Nationalregierung: 1) ddo. Warschau, den 30. Sanner 1862, betreffend die Aufhebung der bis jetzt in Paris bestehenden National-Schulden-Tilgungscasse und Rechnungskammer und die Einsetzung einer Finanzcommission, zur Verwaltung des außerhalb des russischen Antheils eingehenden Nationalfonds, sowie die Geschäftsordnung für die neue Finanzbehörde; 2) ddo. Warschau, den 26. Februar 1865, betreffend die Organisation der Finanzcommission, die zwei Abtheilungen, für das Rechnungswesen und das Cassenwesen, umfaßt, und aus einem Präsidenten, je 3 Abtheilungsmitgliedern und einem Secretär besteht; 3) ddo. Warschau, den 26. Februar 1865, betreffend die Ernennung des Emigranten Zauszewicz zum Präsidenten der Finanzcommission, der Emigranten Dymiski, Andreas Trawicki und Labelsaus Zaleski zu Mitgliedern der Rechnungsabtheilung, der Emigranten Sastremowski, Poplawski und Geistlichen Leo Kofolec zu Mitgliedern der Cassenabtheilung und des Emigranten Luniowski zum Secretär; 4) ddo. Warschau den 26. Februar 1865, betreffend die Aufstellung der bisher in Paris bestandenen Militär-Agentur der Nationalregierung und die Anweisung an den bisherigen Inhaber dieser Agentur, Oberst Dembiński, die in seinem Besitz befindlichen Papiere und Siegel durch Vermittelung des Commissars Labelsaus Danilowski an das Repräsentativ-Comité der Nationalregierung anzukommen. Ferner theilt die Wytwalosk folgende Erlasse des Repräsentativ-Comité's der Nationalregierung mit: 1) ddo. Paris, 23. März 1865, betreffend die Anzeige, daß mehrere von der Nationalregierung durch Decret vom 26. Februar ernannte Mitglieder der Finanzcommission die Ernennung abgelehnt haben und daß die gedachte Commission sich deshalb bis jetzt noch nicht hat constituiren können; 2) ddo. Paris, den 24. März 1865, betreffend die von der Nationalregierung unterm 27. Februar d. J. erlassene Warnung vor etwaigen gefälschten Siegeln des Bürger's R. (Kuryna) und anderer Personen, welche nach der Gewalt streben, aber für die Nationalcasse sich nicht opfern mögen. Die beiden Erlasse des Repräsentativcomité's sind von A. Guttry als Vicepräsidenten des Comité's und vom Secretär Tomczyński unterzeichnet.

Der Liviländische Landtag hat für das durch den Abgang des Bischofs Dr. Walter erledigte Amt eines Liviländischen General-Superintendenten den Professor der praktischen Theologie zu Dorpat, Dr. Christiani, gewählt.

Zufolge eines neuen, in Finnland kundgemachten Gesetzes wird jetzt dort die finnische Sprache als amtliche Sprache eingeführt. Der dazu bestimmte Termin ist das Jahr 1872; aber schon im Jahre 1868 müssen alle Lehrer die finnische Sprache kennen. Zur Festsetzung der technischen Ausdrücke für die Gerichte und Verwaltungs-Behörden ist eine besondere Commission bestellt worden.

Am 16. d. soll der hundertjährige Todestag des russischen Schriftstellers Komonossjoff feierlich begangen werden. Man will auch verschiedene Stipendien stiften, darunter eines zur Erziehung eines Bauern aus dem Gouvernement Archangel, da Komonossjoff aus diesem Stande hervorgegangen.

Amerika.

Das vom Kaiser Maximilian am 26. Februar für Mexico erlassene Toleranzedict lautet wie folgt: Art. I. Der Kaiser beschützt die römisch-katholische apostolische Kirche als die Staatsreligion. Art. II. Im ganzen Reichsgebiete wird freie und vollkommene Duldung allen Religionen verheißen, die der Moral, der Civilisation und den guten Sitten nicht zuwiderlaufen. Indes ist zur Einführung einer neuen Religion die Genehmigung der Regierung erforderlich. Art. III. Je nach den Umständen werden der Polizei Instructionen in Bezug auf die Ausübung von Religionen zugehen. Art. IV. Der Staatsrath soll von allen Unbilden in Kenntniß gesetzt werden, welche von localen Behörden gegen die Ausübung anderer Religionen und gegen die ihren Predigern gesetzlich garantirte Freiheit verübt werden. Am folgenden Tage erschien das „Revisionsdecret“ über das Kirchengeneigenthum (in 30 Artikeln), das alle Verkäufe desselben unter früheren Regierungen bestätigt. Ein weiteres Decret soll folgen, welches den katholischen Geistlichen feste Gehalte aussetzt.

Vermischtes.

** Der König von Württemberg hat seinem vormaligen Lehrer der Geschichte dem Professor v. Ranke an der Berliner Universität das Komthurkruz 1. Classe des Friedrichsordens verliehen.

** Der Schauspieler Emil Devrient hat vom Könige von Württemberg das Ritterkreuz des Friedrichs-Ordens erhalten.

** In dem Dorfe Schach (Kurfürstentum), eine Stunde Weges von Hersfeld, lebt ein Betriener, der im Jahre 1.13 mit einer Anzahl Westphälischer Soldaten zu den Preußen überging und unter deren Fahnen die Schlacht bei Leipzig mitmachte. Er trägt seit jener Zeit die preussische Kriegesdenkmünze für Combattanten. Kürzlich wurde der preussischen Geyassen-Inspection hierherbeführt und von diesem Verhältnisse; sie machte ihrer Regierung Anzeige und es erfolgte ein königlicher Cabinetbefehl, wonach diesem Betriener alle Monate 5 Thlr. portofrei zugesendet werden.

